

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No. 2 – 15. 1. 2014

kommt jean-claude juncker 'auf die brüsseler bühne zurück'? + und noch die damit verbundenen personalien + großes bundesverdienstkreuz für joseph daul, fraktionsvorsitzender der evp im europaparlament + herbert reul abermals gegen industrie-feindliche tendenzen + was tun mit sündern wie italien? - ein stück cs-debatte + kommissar günther oettinger mit klartext in königswinter + iaeo zufrieden mit nuklearer sicherheit in tschechien

Frankreichs Depressionen: Lahme Wirtschaft, wachsende Europa-Unlust, mehr Frust wegen und contra Berlin, drohender Rechtsruck

Kurz-Interview mit Botschafter a.D. Joachim Bitterlich. Er war viele Jahre Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl und ist heute Professor an der ESCP Europe Paris

ContraSalon: Seit Jahren erscheinen düstere Analysen, beginnend in der Hamburger ZEIT (21.12.2005) mit Titeln wie "Frankreichs großer Selbstbetrug" oder "La France en déclin" (John Vinocur), und es werden aktuell immer mehr. Geht es beim Nachbar - unabhängig vom *standing* von Hollande - wirklich dauernd und gefährlich abwärts?



Joachim Bitterlich

Bitterlich: Die Analysen über unser Nachbarland sind in den letzten Monaten eher noch düsterer geworden. Nonnenmacher hat zuletzt seinen bemerkenswerten FAZ-Leitartikel unter die Überschrift "Die französische Depression" gestellt. Die Widersprüche zwischen Politik und Realität, zwischen Wunschdenken und bitterer Wahrheit haben zugenommen. Frankreich ist heute - aus Sicht der internationalen Finanzmärkte **das** Sorgenkind Europas! Eine Wende zum Besseren ist nicht absehbar! Die Lage am Arbeitsmarkt wäre noch schlimmer, wenn es nicht die mit staatlichen Geldern finanzierten Jobs für Jugendliche gäbe. Der überzogene Weg über die Steuerschraube führt zum Dilemma mit weniger Einnahmen - als ob die Franzosen von der Laffer-Kurve nie etwas gehört hätten. Selbst die bequemen Sündenböcke Deutsch-

land und Europa können die reale Lage nicht mehr erklären!

Nur: Abschreiben sollten wir die Franzosen nicht, im Gegenteil, wir sollten ihnen Mut machen, sie bei Reformvorhaben unterstützen, ohne ihnen wieder und wieder "das deutsche Beispiel" vor Augen zu führen! Frankreich tickt anders als Deutschland! Und vergessen wir nicht, Hollande hat - bei allen Vorbehalten gegen seine Politik - ein Erbe angetreten, das man als Privater ausschlagen müsste, was Hollande aber nicht kann, denn Chirac und Sarkozy haben ihm Frankreich in einem desolaten Zustand hinterlassen!

ContraSalon: Kann sich der Präsident noch aus seinem Umfragetief erholen?

Bitterlich: In der Politik genügt oft ein überraschendes Ereignis, ein besonderes Erfolgserlebnis, das Umfragen verändert. Und ein solcher Ruck - nach dem Motto "Frankreich ist wieder da" - fehlt Hollande bis heute. Und ein solcher Anstoss könnte, um die verlorene Glaubwürdigkeit wieder zu gewinnen, am ehesten aus einer deutsch-französischen Initiative kommen!

ContraSalon: Wenn Frankreichs Eliten kritisch nach Berlin sehen, warum einigen sie sich nicht auf Reformen im Bereich Wirtschaft/Sozialordnung, um 'gegen' Merkel zu bestehen?

Bitterlich: Frankreich schaut mit Neid auf Berlin. Es ist jedoch ein Stück der Schizophrenie unserer Nachbarn, dass sie uns vor lauter Besitzstandswahrung nicht einfach "kopieren" können, ihnen aber auch keine modernen wirtschaftspolitischen Alternativen einfallen.



Frankreichs Gesellschaft scheint irgendwie in den 90er Jahren stehen geblieben zu sein und die radikale Veränderung Europas und der Welt nicht begreifen zu wollen.

ContraSalon: Sehen Sie trotz aller Probleme Chancen für deutsch-französische Fortschritte noch **vor den Europawahlen?**

Bitterlich: Aufbauend auf den beiden - öffentlich leider kaum wahrgenommenen - deutsch-französischen Arbeitsprogrammen und Erklärungen vom Januar und Mai 2013 sollte hier eine grosse Initiative möglich sein. Das beste Beispiel für Konjunktur und Innovation könnte in erster Linie die Energiepolitik bilden. Altmaier war auf diesem Wege, doch zur Zeit scheint sich hier nichts mehr zu bewegen. Warum eigentlich?

ContraSalon: Auf einmal tauchen in Frankreich die alten "Zentristen" Borloo und sogar François Bayrou wieder auf. Hätten die den Chancen?

Bitterlich: Borloo und Bayrou hätten eine echte Chance, wenn sie einsehen würden, dass sie sich - anstatt schon jetzt auf die Präsidentenwahl in 2017 zu schielen - wirklich verbünden würden, mit klaren Aussagen und Strukturen. Sie wären dann als liberal-soziale Partei eine echte Alternative zur UMP, die sich aus ihrem Führungsstreit nicht lösen können wird.

HARTE ZAHLEN AUS FRANKREICH & DEUTSCHLAND

Staatshaushalt: Deutschland ausgeglichen, Frankreich 4.1% im Minus

Außenhandel: Deutschland hat 180 Mrd. Überschuss, Frankreich 40 Mrd Defizit

Wachstum: Deutschland im Schnitt p.a. seit 1999 1,3%, Frankreich 0,8%

Staatsanteil am BIP: Deutschland 43%, Frankreich 57%

WERKSTATT EUROPA

Die "Nachricht", Angela Merkel wolle keine Rückkehr des Christdemokraten **Jean-Claude Juncker** auf die obere Brüsseler Bühne, löste in einigen C-Parteien Schocks aus, vor allem in den EU-Gründungsländern. Juncker etwa ohne Chance, wenn die "Europäische Volkspartei" im März in Dublin ihren Spitzenkandidaten für die Wahlen zum Europäischen Parlament wählt und auch noch aussagt, wen sie am liebsten als Nachfolger ihres Parteifreundes **Barroso** an der Spitze der Kommission sehen will? Unser Zwischen.-Urteil: Alles ist durchaus noch im Fluss.

Merkel war mehrmals "nicht amüsiert", wenn Juncker den Umgang einiger Berliner "Kräfte" mit Europas Finanzkrise offen kritisierte. Juncker-Freunde in der EVP-Führung erinnerten dann gern an **Helmut Kohl** mit der Meinung, "dieser Deutsche" habe "damals (!) immer viel Verständnis für die kleinen EU-Länder" gehabt.



Angela Merkel lauscht Jean-Claude Juncker

Doch gab und gibt es auch Großkopfete im EU-Ministerrat, die Juncker fürchten - nicht wie Merkel, aber aus der ähnlichen Erfahrung, dass auch bei ihnen Meinungen des Luxemburgers Schmerzen auslösten. Vor allem dann peinlich, wenn es die Medien merkten, .

Die Auguren des SPIEGEL wollten auch wissen, wen denn Merkel in Brüssel aufs Pferd setzen wollte: entweder den polnischen Premier **Donald Tusk** oder dessen irischen Kollegen **Enda Kenny**, beide Zentristen. Richtig ist, dass Merkel und Tusk gut miteinander aus-kommen, wenn es um Bilaterales geht. Doch selbst hohe polnische EU-Be-

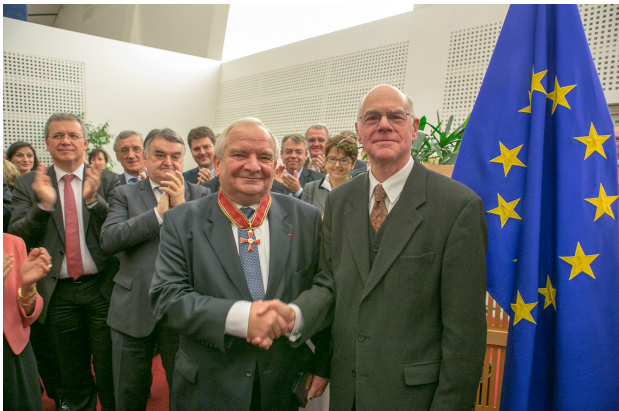
amte und Abgeordnete der Tusk-Partei sagen in Gesprächen: "Donald kann den Barroso-Job nicht, ihm fehlen europäische Erfahrungen", und im Fall Kenny lauten die Noten kaum anders. Man wollte und will in Brüssel bewährte Europäer und hat nicht vergessen, wie oft sich Staaten und Akteure auf schwache Figuren einließen. Dass Juncker stark war und es auch weiter ist, wird deshalb zum Problem. Aussitzen klappt wohl mal nicht.

In den Parteien der EVP genießt Juncker hohes Ansehen, vor allem auch in der CDU. Denn der Karlspreisträger kommt nicht zuletzt wegen seiner Vielsprachigkeit und Verwurzelung in Zentraleuropa nicht allein bei Funktionären an, auch und besonders im Fernsehen, was in Sachen Europa alles andere als selbstverständlich ist.

Die Taktik der EU-Sozialisten (SPE) sieht so aus: Die EVP wird bei den Wahlen im Mai an die Rechte Sitze verlieren, die SPE würde dann so stark wie die EVP. Der Deutsche **Martin Schulz** (SPD) kann EU-Kommissionspräsident werden, weil ihm auch andere Linke trauen. In diesem Fall wäre der jetzige deutsche Kommissar **Oettinger** weg, denn jedes Land hat nur einen Kommissar. Um an die Spitze des Rates (Nachfolge von **van Rompuy**) zu kommen, hätte dann Juncker eine "Mehrheit der breiten Mitte". In der EVP erinnern einige daran, dass Juncker einmal Präsident der EVP-Arbeitnehmergruppen war. Sollte aber die EVP kaum Sitze verlieren, könnte Juncker auch Barroso-Nachfolger werden. Eine offene deutsche Ablehnung wäre riskant. Sagen nicht weniger Brüsseler Auguren.

Großes Bundesverdienstkreuz für EVP-Fraktionschef Joseph Daul

Für seinen unermüdlichen Einsatz für die deutsch- französische Freundschaft und den europäischen Einigungsprozess bekam der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, **Joseph Daul** (UMP, Frankreich) das Grosse Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Die Auszeichnung wurde ihm durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages **Norbert Lammert**, überreicht.



Joseph Daul und Norbert Lammert

"Das ist eine verdiente Ehrung für einen überzeugten Europäer. Wir freuen uns für Joseph Daul und gratulieren herzlich zu dieser Auszeichnung", sagten der Vorsitzende und der Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, **Herbert Reul** (CDU) und **Markus Ferber** (CSU).

Mit seiner Überzeugung und seiner Hartnäckigkeit arbeitet Daul seit vielen Jahren für die Vertiefung der Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich. Er ist Vermittler, Freund und Kollege in der parlamentarischen Arbeit und steht für die enge Zusammenarbeit zwischen UMP und CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. // Der 1947 im Elsass geborene Daul ist seit 2007 Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und seit dem Tode von **Wilfried Martens** neuer Parteivorsitzender der EVP.

Herbert Reul: Industriefeindliche Politik bedeutet Wettbewerbsnachteile

Die Ausschüsse für Umwelt und Industrie des Europaparlaments haben in einer deutlich umstrittenen Abstimmung mit **knapper Mehrheit** abermals eine Position zu den EU-Klima- und Energiezielen formuliert. Diese Ziele sind unrealistisch und industriefeindlich. Es passt nicht in unsere Zeit, immer weiter nur starre EU-Zielvorgaben zu setzen und damit weitere Wettbewerbsnachteile für die europäische Industrie zu schaffen. Ich stelle fest: Einiges aus dem beschlossenen Forderungskatalog ist vollkommen unrealistisch, zum Beispiel ein "Energieeffizienz-Ziel" mit 40 Prozent Steigerung bis 2030. Das Bürokratiemonster EU-Energieeffizienz-Richtlinie muss ja erst einmal umgesetzt werden, **bevor** man schon Verschärfungen der Effizienzziele andenkt.



Herbert Reul MdEP

Beim Ziel Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bis 2030 sind die Abgeordneten höchst anspruchsvoll. Eine Reduzierung von 40 Prozent gegenüber 1990 ist

ziemlich ehrgeizig. Der Anteil der erneuerbaren Energien soll bis 2030 auf 30 Prozent ansteigen. Hier wäre jedoch möglichst viel Flexibilität für die Mitgliedstaaten wichtig. Und dass nur dort die Erneuerbaren eingesetzt werden, wo sie am effizientesten sind. Windräder in Athen machen ebenso wenig Sinn wie Solarkraftwerke im Harz.

Die oben erwähnte Abstimmung kam unter immensem Zeitdruck zustande: Erst am Vorabend war klar, worüber eigentlich am anderen Morgen abgestimmt werden sollte. Es war keine Zeit, 920 Änderungsanträge noch einmal anzusehen. Damit werden die Rechte des einzelnen Abgeordneten missachtet. Mündige Abgeordnete müssen die Chance haben zu wissen, worüber sie abstimmen. Ich bedauere, dass der Antrag auf Verschiebung der Abstimmung keine Mehrheit gefunden hat.

Die Gefechtslage für das **Plenarvotum im Februar** ist nun völlig offen, und ich rechne mit deutlich mehr Realismus als bei der Abstimmung von Ausschüssen..

Herbert Reul ist Vorsitzender der CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament.

Was tun mit Italien und anderen Problem-Staaten der EU?

Herr Oettler, CDU-Gemeinderat in meinem Dorf Pech (d.i.ein Teil von Wachtberg bei Bonn), ist ein überzeugter Anhänger der Europapolitik (von Adenauer bis heute), macht sich aber mit immer mehr Deutschen Sorgen um Schief lagen, die den Integrationsprozess scheinbar zunehmend begleiten. In seinem Fall stehen dem Beobachter mehr als anderen Deutschen Erfahrungen mit italienischen Realitäten zur Verfügung. - Ich erhielt einen Brief von Herrn Oettler und druckte diesen redigiert und wenig gekürzt ab. Dann gebe ich erste Antworten. "Erste" soll heißen, dass wir die angeschnittenen Probleme gerade wegen der im Mai anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament weiter analysieren müssen.

"Guten Tag Herr Wahl,

gern verfolge ich, was Sie regelmäßig mit dem klaren Standpunkt des überzeugten Europäers schreiben, und wie Sie im Hinblick auf die Europawahl im Frühjahr politische Risiken benennen. Ich selber verfolge regelmäßig die Entwicklungen in Italien. Ich habe Jugendjahre dort verbracht. Ich betrachte also besonders Italien mit großer Sympathie, aber nun drängte es mich, Ihnen gerade auch in Bezug auf Italien (und darüber hinaus) mein Gefühl von einer großen Leere zwischen grundsätzlicher Europabegeisterung und nüchterner Betrachtung der Realität mitzuteilen.

Da wären Vergleiche der Kosten italienischer Ministerien, Pensionsgegebenheiten, weiterer öffentlicher Organisationsstrukturen usw. wie sie nach wie vor weiterexistieren. Doch inzwischen können die Italiener nicht mal mehr Berlusconi wählen, der einige Steuerhinterziehung möglich gemacht hatte, damit nicht noch mehr Verschwendung finanziert wurde. Gegenüber aller Auflehnungsrhetorik schaffen es relevante Netzwerke, ihre Interessen zu schützen.

Fazit: Sollte Italien via EZB, Bankenunion usw. sehr teuer geholfen werden, ohne italienische Strukturen von außen ändern zu können? Hieße (die ab und zu geforderte) Rückbesinnung auf das katholische Europa, dass man die Herrschaft von heute etablierten Verhältnissen akzeptieren soll? Man kann ja wohl nicht an preußisch-protestantisches Durchgreifen denken...

Ich stelle also nur eine Frage, die auch in *ContraSalon* einmal behandelt sollte: Welche Voraussetzungen wie zu schaffen sind, bevor wieder Strahlkraft für die Europaidee entstehen kann. Solange so relativ wenig europäische Veränderung wie bisher zu sehen ist, ist der Rückzug auf das Eigene einschließlich nackt marktwirtschaftlicher Vorschläge wie jene von der AfD doch verständlich!

Besten Gruß! Ihr Friedrich Oettler"

Erste Antworten | Ich bin seit 1951 in der europäischen Bewegung aktiv und kann versichern: Eine Europabegeisterung im Sinne reflexionsarmen Mitmachens hat es nie gegeben, gerade am Anfang nicht. Richtig ist aber, dass die Formeln "Nie wieder Krieg"

und "Nie wieder nationaler Übermut" vor allem bei den Jahrgängen ab 1925/27 sehr gezogen hatten. Ebenso wirkte auf uns "Nie wieder Rassismus".

Die Mitgliederzahlen in der überparteilichen "Europa Union" waren und blieben niedrig, Kreisverbände zerfielen und wurden mitunter nicht neu gegründet. Die Medien begleiteten das neue Europa, das zunächst nur den Westen und den Süden umfasste, durchaus kritisch. Doch die ersten Integrationsschritte mit dem Schuman-Plan wurden dann von fast der Hälfte der Wähler als Rückkehr der Deutschen in den Kreis freier Völker begrüßt.

Von Anfang an war Integration leider nur als Regierungshandeln von Nationalstaaten möglich, die sich mehr heimlich als offen von Vorkriegsformen absetzten, weil sie alle den Kommunismus und Moskau fürchteten. Selbst als der gemeinsame Agrarmarkt entstand, ließen die EG-Mitglieder ordnende Eingriffe von "Brüssel" in ihre Verhältnisse nur höchst lückenhaft zu.

Ein Beispiel - sogar aus den 70er Jahren: Als man in der Kommission entdeckte, dass die Zahl der Olivenbäume in einem Südländchen betrügerisch mit zu großen Mengen angegeben wurde, um mehr aus der Brüsseler Kasse zu holen, kam man auf eine typische Idee: Weil souveränen Staaten nicht europäische Inspektoren aus Brüssel vor Ort **zugemutet** werden sollten, zog man Aufklärung aus der Luft mit Kameras vor. Und die Ergebnisse sollten in Brüssel sogar vertraulich behandelt werden.

Bis heute können die EU und ihre Beamten nicht unangemeldet in Nationalstaaten zugreifen, wenn man auch einige (*vereinbarte*) Fortschritte machte. Im Fall Italien gilt ganz akut: Das Land könnte (wie auch andere Länder am Mittelmeer) besser mit Flüchtlingen (Lampedusa...) fertig werden, wenn es souveräne Rechte verschiedener Art an eine VOLL integrierte europäische Grenzpolizei abgäbe. Und das nicht etwa rückholbar!

Immerhin, die Furcht vor den Sowjets hatte seit 1946/49 u.a. diese Folgen: Die Nato hatte im freien Teil Europas de facto alle Rechte, die das US-Militär für richtig hielt. Trotz Murrens der Linken behandelten die USA Spanien schon als Partner, als Franco noch regierte. Die US Navy behielt ihre griechischen Stützpunkte auch während der Obristen-Herrschaft. Der Handel zwischen USA und Europa musste häufig Nachteile auf unserer Seite hinnehmen.

De Gaulles Frankreich hat zwar die Zentren der NATO und der EWG nach Belgien und Luxemburg verdrängt, bewies aber immer wieder, dass es fast ebenso viel Souveränität dabei verlor wie andere auch. **Die** heutige Schiefelage der EU hat zu fast 100% ihre Ursache darin, dass die Gemeinschaft das nicht schaffte, was ein von Margaret Thatcher geschasster Außenminister einmal sprachlich und sachlich "pooled sovereignty" genannt hatte, d.h. **gemeinsam ausgeübte Souveränität**.

Weil Europas östliche Staaten, die 2004 der EU beitraten, die verständliche Illusion hegten, endlich wieder souverän zu sein, kam es zum albernen Gezänk auf dem Nizza-Gipfel über Staaten-Gewichte und Staaten-Größen. Heute wird sogar die Leiche Proportionalität im Europaparlament neu beatmet, obschon die Kenntnis der Grundrechenarten dazu führen müsste, eine Kammer mit weit über 1400 Sitzen zu fordern, um zwischen Malta und uns die Straßburger die Volksmandate "richtig" zu gewichten.

Die von Herrn Oetler richtig erkannten Zustände zwischen Brenner und Palermo nach der Wende lösten ebenso wie jene in Athen, Madrid, Lissabon und Dublin die simple Frage aus: "Kann ein EU-Staat noch selbständig Haushalte aufstellen und kontrollieren, wenn seine Banken und nationalen Wirtschaften via Brüssel total miteinander verflochten sind? Oder ein anderes Beispiel aus dem jüngsten SPIEGEL: Kann ein Land solo eine Umweltkatastrophe wie jene rund um Neapel einfach liegen und wirken lassen - oder muss Europa die Potenz bekommen, wirksam über Sonderrecht einzugreifen?"

Da jedoch bis heute **alle** Europaverträge mit dem Festschreiben von Einstimmigkeit in Sachen Finanzen die alte Souveränität blockieren und z.B. ein Vorgehen finanziell stabiler Staaten gegen instabile Sünder hindern bis verhindern, haben wir heute den Zustand einer Brüsseler historisch-rechtlichen Wanderdüne, die mit zahllosen Eingriffen einer "pooled

sovereignty" näher kommt, sie aber nie wirksam erreicht, jedenfalls nicht auf Dauer.

Was jetzt droht, sind sogar größere Rückfälle: Deutschland soll z.B. "führen". Wirklich, doch wie? Man solle die EU in Nord und Süd = Reich und Arm teilen? Wer hilft dann den Süd-staaten gegen immer mehr Druck aus Afrika und Nahost? Wird sich Russland dem EU-Norden als Dauerpartner andienen? Wie reagieren die USA? Auf welche Brotseite fallen die Briten?

Emilio Colombo, zu früh gestorbener italienischer Finanzminister, hat mich 1981 mit dem Satz beglückt: "Du klagst mit Recht über unsere römischen Zustände. Ich bin längst der Meinung, Italien sollte von Brüssel aus regiert werden." Welche trefflicher Scherz ohne Folgen.

Wir können leider, so muss ich es sehen, keinen solchen Colombo umsetzen. Denn die negativsten Verbündeten der hohlen und lächerlichen Souveränitäten sind die Medien, die anders als ihre Vorgänger 1848 und danach, also heute, rückwärts statt vorwärts denken. Sie klagen über Wissensverfall und sind an ihm täglich mitschuldig. Mitschuldig sind auch die vielen Transparenzprediger, die heute verhindern, dass Vertreter schwacher und starker EU-Ländern diskret und nicht enttarnt neue Wege zur Interessen-Fusion finden und mit der Wirtschaft abstimmen.

Weder schuldig noch unschuldig sind solche Brüsseler Beamte und Zuarbeiter, die Millionen ausgeben, um die Bürger "besser zu informieren". Sie glauben, dass Papierfluten Bewußtsein ändern. Dies können freilich politische Gruppen, wenn ihnen die Medien intelligenter beistünden. Ja wenn...

Die italienischen Zustände (oder die griechischen oder was noch..) würden sich ändern, wenn Italien menschlichen Beistand fände. Tatsache ist jedoch, dass die Zahl der politischen Italien-Kenner seit Jahrzehnten sinkt - bei allen deutschen Parteien, doch auch in den Gründerstaaten der alten EWG/EG.

Es würde genügen, wenn Kanzlerin und Koalition den Deutschen mehr Wahrheit statt Souveränitäts-Häppchen reichten. Die Wahrheit nämlich, welche vor allem Wolfgang Schäuble mit verbreiten könnte, weil er ihren Kern kennt: "Wir müssen uns in Italien und anderen Ländern mit jenen öffentlich verbünden, die mehr und nicht weniger Europa für notwendig halten. Also **Not wendend** im letzten Augenblick. Und das heißt Abbau von Souveränitätsmüll durch Solidarität. Ich kenne solche Freunde von Warschau bis Paris, von Rotterdam bis Rom. Selten werden sie ermutigt.

Deshalb bleibe ich Realist und überlasse Begeisterung allen jungen Europäern, die noch wissen, dass ihre Väter auf Pässe und Visa warten mussten. Und ihre in sinnlosen Kriegen gestorbenen Vorfahren nicht vergessen.

ENERGIEUMWELTSTROMPREISEKLIMAPOLITIUmweltENERGIEA

Günther Oettinger, EU-Energiekommissar, erfreute oder erstaunte mehr als 220 Zuhörer aus der Region Bonn im Arbeitnehmerzentrum Königswinter mit Energie-Fakten. Schon nach zehn Minuten lobte er **Sigmar Gabriel**. Der sehe inzwischen ein, dass linke und grüne



ne Träume von einer Wirtschaft **gleichzeitig** ohne Kernkraft und Kohle gefährlich seien. Ein Kompliment mit gleichem Inhalt gab der Kommissar an IG.BCE--Chef **Michael Vassilia-**

dis, Lebensgefährtin der neuen SPD-Generalsekretärin **Yasmin Fahimi**, die promovierte Chemikerin ist. Als am Rande der Versammlung ein Vorstandsmitglied der IG.BCE gefragt wurde, ob Sozialdemokrat Vassiliadis seinerzeit gegen den Atomausstieg gewesen sei, hieß die Antwort: "Er denkt noch immer so, hält aber als Genosse öffentlich den Mund".

Oettinger hielt die gegenwärtige Strom-Formel mit reich geförderten "Erneuerbaren" für "reif für den Müll" und kam insgesamt zu dem Schluss, den längst alle Länder in Europa ziehen: Ja zu einem Energie-Mix mit jeweils besonderen Konzepten, also auch hier und da mit Kernkraft. Dabei sorgt er sich um weiterhin leistungsfähige Kraftwerke und hält nichts von künstlichen Anstrengungen in immer mehr deutschen Gemeinden, eigene Stromerzeugung zu ermöglichen.

Erstaunlich war für einige Beobachter, dass das Publikum dem Redner gern folgte. Es fragte viel und jede Polemik. Die 90%ige Ablehnung der Kernkraft in Deutschland beruht nach Meinung vieler Wissenschaftler auf einer Medienmacht, die einmalig ist. Dennoch antworteten in bisher eingeschlossenen Umfragen 55% der Deutschen, die Kernkraftwerken sollten "weiter laufen, wenn die Stromkosten weiter so steigen wie jetzt".

.....
Die Internationale Energieagentur sagt bis 2035 weltweit einen Anstieg der Nachfrage nach Strom um etwa 70% voraus. Kann man die weltweit wachsende Nachfrage nach Strom ausschließlich mit erneuerbaren Energien decken oder werden **alle** herkömmlichen Energien weiter benötigt? Auf diese Frage von FORSA antworteten 28 % mit der Meinung, erneuerbare Energien würden ausreichen. 65% sagten, man werde auch weiterhin **alle herkömmlichen Energiearten** benötigen. Ergebnis einer Umfrage im Dezember 2013. Der Vorgang beweist, dass seit dem rasanten Anstieg der Stromkosten das vorhergesagte Umdenken in Gang gekommen ist. Die bei der CDU/CSU im Bundestag verbreitete Ansicht "Gegen 80% der Deutschen kann man keine Atomkraftwerke betreiben" stößt daher immer öfter mit Meinungsumfragen zusammen, wenn diese sachlich statt ideologisch abgefasst sind.

<http://www.kernenergie.de/kernenergie/themen/gesellschaft/umfrage-dez-2013/index.php>

Nach der INES-Bewertungsskala = International Nuclear Event Scale der International Atomic Energy Agency über die letzten 15 Jahre für Deutschland lagen 98 % der gemeldeten "Ereignisse" bei Stufe 0 und nur 3 Ereignisse bei Stufe 2 (Störfall). Die INES-Skala erfasst alle Vorgänge in deutschen Kernkraftwerken vom ausgefallenen Relais, einer lockeren Schraube, einer nicht schaltbaren Reservepumpe bis zu wirklichen Großstörungen. Die deutschen Kernkraftwerke bleiben also besonders sicher. Wenn von Kritikern die Kernenergie als "Pannentechnologie" hingestellt wird, zeugte und zeugt dies weiter von Unkenntnis. Alle Messungen beweisen es.

Die IAEA ist zufrieden mit der tschechischen Kernenergiebehörde Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) hat kürzlich eine 12-tägige Überprüfung der strahlungstechnischen Sicherheit in der Tschechischen Republik abgeschlossen. Dazu besuchten 19 Experten aus vielen IAEA-Mitgliedstaaten sowie ein Beobachter der Europäischen Kommission die Tschechische Republik und führten Gespräche mit Mitarbeitern der nationalen nuklearen Sicherheitsbehörde (SUJB) sowie mit dieser verbundenen Organisationen. Hören nun endlich die unqualifizierten Angriffe gegen die tschechischen Kernkraftwerke in unseren Medien auf?

.....
Geschrieben und redigiert von Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG
Tel. 0228 – 32 43 81 // e-mail: post@jwahl.de

Deine / Ihre Spende deckt Kosten -

bitte auf mein Konto 101 40 30 17 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 370 69 805